



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 8. Mai 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

65. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 7. Mai 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss führte zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/385](#), eine mündliche Anhörung durch. Die Beratungen sollen am 11. Juni 2014 fortgesetzt werden.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur **Änderung des Spielbankgesetzes**, [Drucksache 18/1557](#), in der geänderten Fassung des Änderungsantrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/2680](#), zur Annahme.

Den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP zur **Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1125](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag gegen die Stimmen von CDU und FDP mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Ablehnung.

Der mitberatende Innen- und Rechtsausschuss empfahl mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP dem federführenden Wirtschaftsausschuss, dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen**, [Drucksache 18/918](#), in der geänderten Fassung des Änderungsantrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/2411](#) (neu), zur Annahme zu empfehlen.

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Prüfung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein durch den Landesrechnungshof**, [Drucksache 18/1668](#), wurde dem Landtag einstimmig zur Annahme empfohlen. In einer Protokollnotiz sprach der Ausschuss die Bitte an den Landesrechnungshof aus, den Zeitpunkt der Prüfung mit dem Innenministerium abzustimmen, diese aber spätestens 2015 vorzunehmen.

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/852](#), **Netzneutralität stärken**, wurde in geänderter Fassung des Änderungsantrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW, [Umdruck 18/2739](#), dem Landtag vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des Wirtschaftsausschusses einstimmig zur Annahme empfohlen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes und weiterer Gesetze**, [Drucksache 18/1469](#), soll nach der Vorlage der Berechnungsgrundlagen für die Gebühren durch das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa in zwei Wochen wieder aufgerufen werden.

Zu den folgenden Vorlagen beschloss der Ausschuss die Durchführung von Anhörungen:

- gemeinsame mündliche Anhörung zu

- **Länderkompetenzen stärken - Neue Formen staatsanwaltlicher Organisation ermöglichen**, Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/1422](#),

Politisches Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten abschaffen, selbstverwaltete Justiz ermöglichen, Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1515](#), und

- **Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Transparenz politischer Weisungen gegenüber Staatsanwälten**, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und PIRATEN, [Drucksache 18/1660](#).

(Benennung der Anzuhörenden bis zum Ende der nächsten Woche)

- gemeinsame schriftliche Anhörung zu

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten**, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/1764](#),

- **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung**, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Drucksache 18/1750](#).
(Benennung der Anzuhörenden bis zum Ende der nächsten Woche)

- schriftliche Anhörung

- zum **Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages**, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1746](#).

(Benennung der Anzuhörenden bis zum Ende der nächsten Woche)

Der Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz**, [Drucksache 18/1472](#), wurde von der Tagesordnung abgesetzt und soll nach Abschluss der schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten, [Drucksache 18/1558](#), gemeinsam mit diesem Gesetzentwurf weiter beraten werden.

Bei dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**, [Drucksache 18/899](#), soll zunächst die Beratung des mitberatenden Sozialausschusses abgewartet werden. Er wurde daher von der Tagesordnung abgesetzt.

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesrechnungshofes**, Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1480](#), wurde bis zur Vorlage des von der Fraktion der PIRATEN angekündigten Änderungsantrages zurückgestellt.

Schluss: 16:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder